

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Ausländische Stimmen zu den Pariser Vorbesprechungen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1951) : Ausländische Stimmen zu den Pariser Vorbesprechungen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 31, Iss. 3, pp. 7-10

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131268>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

bereits bestehende Verknappung noch weiter verschärfen. Gleichzeitig muß die Güter- und Rohstoffbasis für die geplanten Vorhaben geschaffen werden. Dies läßt sich unter den derzeitigen Verhältnissen nur durch Lenkungsmaßnahmen, Verwendungsverbote, Zuteilungsquoten usw. erreichen. Das bedeutet aber, daß außer den bisher zum Einsatz gelangten notenbankpolitische Maßnahmen zu ergreifen sind. Darüber hinaus ist es notwendig, um Störungen von der Lohnseite auszuschalten, die Zustimmung der Gewerkschaften zu erlangen. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, besteht die Aussicht, eine weitere Geldverschlechterung zu verhindern.

Im Zuge der zu ergreifenden Maßnahmen wird sich ein neues wirtschaftliches Gleichgewicht unter der Einschränkung des Verbrauchs, unter Ausweitung der Investitionen und unter Angleichung der Importe an die Exporte einstellen. Bei dieser Entwicklung wird sich dann herausstellen, ob es gelingt, den Außenwert der D-Mark so weit zu festigen, daß er die internationalen Kaufkraftverhältnisse wirklich widerspiegelt. Sollte das nicht der Fall sein, sollten also die deutsche Bevölkerung und Wirtschaft nicht gewillt sein, weitgehende Beschränkungen auf sich zu nehmen, müßte zwangsläufig eine Abwertung erfolgen, es sei denn, daß man sich entschließt, den Devisenkurs durch Zwangsmaßnahmen künstlich niedrig zu halten. (Gb)

Mangel an Persönlichkeiten

Man hätte meinen sollen, daß nach Beseitigung des Druckes, der infolge Krieg und Totalitarismus auf der freien Entfaltung des Menschen gelastet hatte, sich ein Aufbruch der Persönlichkeit durchsetzen würde. Das war jedoch nicht der Fall. Die wenigen wirklichen Persönlichkeiten, die nach dem Zusammenbruch die politische Bühne betraten, waren Exponenten von Systemen, die einstmals nicht stark genug gewesen waren, die Entwicklung zum Totalitarismus aufzuhalten. Die Grundkonzeption dieser Systeme stammt aus einer Zeit mit völlig anderen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten. Der innere Widerstand gegen den Totalitarismus hat diese Systeme verhärtet, ihre Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten verhindert und die Auflockerung durch Ideen unterdrückt. Während früher die politischen Parteien und die großen wirtschaftlichen Organisationen die Wellen waren, auf denen Persönlichkeiten nach oben getragen wurden, wirken sie heute wie große Menschenmonopole, die den Durchbruch der Persönlichkeit aus Sorge um den Bestand des Systems verhindern. So steht heute System gegen Persönlichkeit.

Diese Erscheinung wirkt sich in einer übermäßigen Konzentration der öffentlichen Funktionen auf einen kleinen Kreis von Personen aus, die deshalb so bedauerlich ist, weil dadurch die Selbstkritik der politischen Träger ausgeschaltet wird. Es wird aber unmöglich sein, den von allen Seiten als lähmend empfundenen Dualismus zu überwinden, wenn nicht an Stelle des Systems wieder die Persönlichkeit tritt, die imstande ist, politische und wirtschaftliche Formen in lebendiger Auseinandersetzung schöpferisch zu gestalten. Es besteht die akute Gefahr, daß der parteipolitische Parlamentarismus zur Farce wird und daß das überwundene staatsautoritäre Regime im parteiautoritären Regime eine verhängnisvolle Neubelebung erfährt.

Ich glaube nicht, daß es objektiv an Ideen und Persönlichkeiten mangelt. Es ist wohl eher so, daß die Disziplin der Systeme die Persönlichkeiten abschreckt und ohnmächtig resignieren läßt. Wenn heute die Vertreter wirtschaftlicher und politischer Systeme unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen werden, ihre Richtlinien zu revidieren und Aushilfen zu schaffen, so wird daraus noch keine neue Sozial- und Wirtschaftsordnung geboren, die stark genug wäre, den Dualismus zu überwinden. Es wäre eine Illusion, wenn man meint, in dem sogenannten „wirtschaftlichen Staatsinterventionismus“, der nur ein Zweckkompromiß von privater Initiative und einem Mehr oder Weniger von Staatseingriffen ist, eine neue Ordnungsform sehen zu können. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten schon viele solcher Notlösungen erlebt, ohne daß sie uns überzeugen konnten. Solange sich die politischen Träger nicht dazu entschließen, ihre Gruppen-Hierarchie aufzugeben und der Persönlichkeit zum Durchbruch zu verhelfen, kann keine schöpferische Leistung, sei es im Sozialen, Politischen oder Wirtschaftlichen, erwartet werden. (sk)

Ausländische Stimmen zu den Pariser Vorbesprechungen

England bleibt skeptisch

Es hat lange gedauert, bis England sich von der Notwendigkeit einer neuen Vierer-Konferenz überzeugen ließ, und auch jetzt, nachdem man sich mit dieser Realität befreundet hat, geschieht es eigentlich nicht in der Hoffnung oder gar Überzeugung, daß ein positives Ergebnis erzielt werden könnte. Die Vier-Mächte-Konferenz zur Erörterung der europäischen Gegensätze zwischen West und Ost erscheint den Engländern vielmehr hauptsächlich deshalb notwendig,

um in der Zukunft auf ein Aktenstück verhältnismäßig jungen Datums verweisen zu können, dessen Inhalt ohne Rücksicht auf seinen Umfang mit den zwei Worten „Moskau Nein“ resümiert werden kann. Die britischen Politiker werden sich zwar zu der kommenden Konferenz reichlich mit den beiden britischen Tugenden Geduld und Objektivität gegenüber dem Verhandlungspartner eindecken. Doch man betrachtet es nicht als Englands Schuld, daß Moskau sich

durch die eigene Rüstung, durch die Unterdrückung und Bewaffnung der osteuropäischen Satelliten und durch die rein militärische Ausrüstung der „Volkspolizei“ in die Rolle des Angeklagten manöviert hat.

Die Haltung der Westmächte für ihre eigenen Völker ist daher unumstritten: Auch wenn wir uns mit Moskau unterhalten, dürfen wir einfach unsere eigene Sicherheit nicht dadurch gefährden, daß wir für die Dauer des Gesprächs die eigene Rüstung unterbrechen. Was

soll man aber mit dem Zentrum Europas, mit Deutschland anfangen? Wie soll man die Abneigung der Deutschen gegen Aufrüstung, wie ihre Hoffnung auf eine Vereinigung von West- und Ostdeutschland, wie ihre Erwartungen auf ein Geschäft mit Osteuropa und mit den asiatischen Volksdemokratien einreihen?

Labour zur Deutschlandfrage

Hier muß man verschiedene Aspekte der britischen Meinungen unterscheiden. Das offizielle England, also vor allem die britische Außenpolitik der Labour-Regierung, hatte sich stets bei der „überstürzten Aufrüstung Deutschlands“, wie sie von Washington propagiert wurde, unwohl gefühlt. Die neuere Entwicklung, die auf beschleunigte deutsche Gleichberechtigung als erste, allgemeine Erörterung der Beratungen mit Moskau mit der deutschen Regierung als zweite und — höchstwahrscheinlich — deutsche Eingliederung in die westliche Aufrüstung als dritte Phase hindeutet, findet also in Labour-Kreisen weitgehend Billigung. Doch die offizielle Meinung der Labours deckt sich nicht in allen Punkten mit der öffentlichen Meinung, selbst in den eigenen Reihen. Und außerdem sind zwar nicht die Tage, vielleicht aber die Monate der Labour-Regierung gezählt. Vor Ablauf des Jahres dürfte man Neuwahlen ausschreiben müssen, was mit einer beträchtlichen konservativen Mehrheit und einer Regierung Churchill identisch ist.

Die Meinung der Konservativen

Was ist nun die konservative Politik? Das Schwergewicht dürfte, zumindest solange Churchill die Zügel in der Hand hält, auf einer möglichst starken Förderung der europäischen Integration (nicht unbedingt der Föderation) liegen. „Schuman-Pläne“ nicht nur für Eisen und Kohle, dazu die Vorbereitung einer europäischen Armee nach den Grundzügen des Plevan-Plans, unter voller Wahrung der deutschen Gleichberechtigung, das sind die Richtlinien der konservativen Politik. Man ist viel zu realistisch, als daß man sich im Herzen Europas ein neutrales Vakuum, oder die Deutschen auf lange Sicht als überzeugte Neutralisten im Sinne der

Schweiz, vorstellen könnte. Man hält es vielmehr bereits für geklärt, daß die Deutschen (einschließlich der Deutschen der Ostzone, wenn sie in ihrer Entscheidung frei wären) ihre Wahl zwischen West und Ost getroffen haben, was nach konservativer Auffassung Geschäfte mit dem Osten außerhalb des Rüstungssektors nicht auszuschießen braucht. Also würden die Konservativen zwar mit noch weniger Hoffnung als die Labours mit Moskau verhandeln, jedoch mit der Bereitschaft, sich „von Moskauer aktiven Beweisen des Friedenswillens“ überraschen zu lassen. (Nebenbei bemerkt: ein Friedensvertrag für Österreich, der noch vor einigen Monaten die Westmächte als Zeichen sowjetischer „Ehrlichkeit“ hätte beeindruckt können, hat inzwischen diesen Wert verloren.)

Die „Halboptimisten“

Nun gibt es jedoch verschiedene Strömungen in England, die teils von der Skepsis gegenüber Moskau, teils von der „realistischen“ Beurteilung der deutschen Frage im Punkte „Rüstungsanschluß Westdeutschlands“ abweichen. Eine aus unabhängigen, liberalen und einigen Labour-Stimmen gebildete Gruppe erörtert recht ernsthaft, was zu geschehen hätte, wenn Moskau tatsächlich am Verhandlungstisch mit mehr als Worten seine Bereitschaft zur Befriedung Europas erkennen läßt und zwar so ernsthaft, daß die Westmächte bei aller auch dann noch verbleibenden Skepsis die Möglichkeit einer friedlichen Einigung oder doch einer „Abgrenzung“ der Interessen mit Moskau nicht von der Hand weisen können — oder wollen. Diese Kreise neigen dazu, unter solchen Umständen einen Abzug der Besatzungstruppen in Erwägung zu ziehen und auch das Risiko zu übernehmen, daß Deutschland sich, nach Aufhebung der Ostzonen-Grenze, völlig frei und unbeeinflusst vom Westen mit dem Kommunismus friedlich auseinandersetzt. Ja, man sagt sich, es würde vielleicht sogar ein gewisser unterirdischer sowjetischer Einfluß in Westdeutschland in Kauf genommen werden müssen. Die freien Kräfte in Deutschland würden dann ihre Stärke und fried-

liche Widerstandskraft gegen das bolschewistische Gift zu beweisen haben.

Die „Bündnisgegner“

An diesem Punkte berühren sich diese „halben Optimisten“ mit jener anderen Gruppe in der britischen Öffentlichkeit, die irgendwie ein „Ressentiment“ gegen ein Bündnis mit „den Deutschen“ hat. Auch diese Kreise möchten eigentlich erst etwas mehr über die Deutschen von heute wissen, als sie bisher erfahren konnten, weil eine volle Belastungsprobe unter östlichem Druck nicht vorstellbar ist, solange die Westmächte in Westdeutschland sind. So wie in Deutschland ein Durchgangs-Stadium der Abneigung gegen eine neue Kriegsbeteiligung nicht nur notwendig, sondern ausgesprochen gesund erscheint, so hat auch diese britische Abneigung gegen ein Bündnis mit Deutschland ihre Ursache darin, daß man etwas länger braucht, um den „Feind“ von 1945 nicht nur zum „Freund“ — das ist schon auf bestem Wege —, sondern sogar zum „Verbündeten“ zu machen. Die britische „Landsberg“-Reaktion entspringt dieser Überstürzung der Ereignisse.

Daneben darf man jedoch ein weiteres auf keinen Fall übersehen: Der Engländer möchte eigentlich immer noch allein bleiben, möchte nur begrenzte Bündnisse eingehen, die seiner Insularität keine Bedingungen und Einschränkungen auferlegen, möchte das Gefühl haben, das er zuletzt im Sommer 1940 hatte (und sehr genoß!), das Gefühl, auch allein sich behaupten zu können, und sei es auch unter Aufbietung aller Kräfte. Der Verlust des Dünkirchen-Geistes, der Ärger darüber, daß heutzutage die Amerikaner sogar den Oberbefehl über die Meere von den Briten übernehmen wollen, das Gefühl der Schwäche, daß man sich enger als erwünscht mit Europa einlassen, umfassender als erwünscht von den Amerikanern Vorschriften machen lassen muß, daß man auch ausgiebiger als bisher das Commonwealth und vor allem die „alten“ Dominien Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland vor den eigenen Entscheidungen befragen muß, diese Mischung von Beklem-

mungen — die von draußen zu kommen scheinen und doch in Wahrheit aus den Engländern von heute entspringen! — spricht ganz entschieden bei der unwirksamen Reaktion in Teilen der britischen

Öffentlichkeit auf den deutschen Wiederaufstieg mit, ein Aufstieg, der ja auch in dem offiziellen westlichen Interesse an deutschen Rüstungsbeiträgen zum Ausdruck kommt. (-n, London)

Die Grenzen der französischen Bereitwilligkeit

Frankreich hat die Viererkonferenz ehrlich gewünscht, nicht nur in seinen politischen Kreisen, sondern bis herab zum Mann auf der Straße, der darin, je nach seiner politischen Einstellung, einen Zweig oder einen Strohalm sieht, geeignet, die Welt vor dem Sturz in den Abgrund des Krieges zu bewahren. Es wäre jedoch zuviel gesagt, wenn man behauptete, Paris blicke dem Treffen der Außenminister oder ihrer Stellvertreter mit Optimismus entgegen. Es handelt sich eher um ein frommes Erwarten, um eine Art Wunschtraum, von dem man hofft, nicht durch ein zu unerbittliches Erwachen enttäuscht zu werden. Man denkt sich in Paris: Solange verhandelt wird, sprechen die Waffen nicht, solange noch irgend eine Verhandlungsmöglichkeit besteht, soll man sie restlos ausnützen, um das Schlimmste zu vermeiden, selbst wenn der diplomatische Himmel mit Wolken verhängt ist.

Kein Einzelfirt mit den Sowjets

In den letzten Wochen sprach man wiederholt von einem Flirt Frankreichs mit der Sowjetunion. Dabei dürfte es sich weitgehend um Fehlspekulationen gehandelt haben. Eine französische Sonderpolitik, wie sie 1945 noch General de Gaulle und seinem damaligen Außenminister Georges Bidault vorschwebte, ist heute undenkbar. Dazu sind die Bindungen Frankreichs an die USA. viel zu stark. Gewiß, Paris wäre leichter als Washington bereit, für eine Verständigung mit dem Osten Zuge-

ständnisse zu machen und insbesondere auf die deutsche Wiederaufrüstung zu verzichten, es wird aber seinen Standpunkt lediglich innerhalb der westlichen Gemeinschaft verteidigen und nicht auf eigene Faust mit Moskau darüber verhandeln. Die Absichten und Gedanken der französischen Diplomatie sind allerdings bekannt genug, um innerhalb der Kalkulationen der Sowjets Berücksichtigung finden zu können.

Neutralisierung oder . . .

Man darf sich ferner in Zusammenhang mit der Viererkonferenz fragen, ob Frankreich die Neutralisierung Deutschlands anstrebt. Auch hier kann eine verneinende Antwort gegeben werden. In der deutschen Neutralität sieht man in zuständigen Kreisen eine ebenso gefährliche Utopie wie in derjenigen Frankreichs oder Europas. Voraussetzung für eine Neutralisierung Deutschlands wäre die gleichzeitige Rückgabe der politischen Unabhängigkeit an die russischen Satelliten im Osten. Daß Moskau zu einem derartigen Zugeständnis bereit sein könnte, glauben in Paris nicht einmal die verbissensten Optimisten. Der Quai d'Orsay lehnt offiziell und nach zuverlässigen Informationen auch durchaus ehrlich den Gedanken einer Neutralisierung Deutschlands ab. Die Wiederherstellung der deutschen Einheit würde der Einbeziehung ganz Deutschlands in die westliche Ideenwelt gleichkommen. Zu einem geringeren Preis will auch die fran-

zösische Diplomatie nicht auf die Möglichkeit eines deutschen Wehrbeitrages zur westlichen Verteidigung verzichten. Man ist demnach nicht bereit, die bisher mühsam geflochtenen Bande zwischen Deutschland und Europa zu lösen oder auch nur zu lockern. Man darf nicht vergessen, daß der europäische Gedanke mit all seinen Ausstrahlungen — Schumanplan, Straßburg, Agrarunion, Europaarmee — die Grundlage und die wesentliche Triebkraft der französischen Außenpolitik ist. Eine Neutralisierung Deutschlands zwischen Ost und West käme für Frankreich einem diplomatischen Schiffbruch gleich und würde zwangsläufig die gefürchtete Abhängigkeit des Landes von den USA. und Großbritannien unvermeidlich machen. Selbst eine kurzfristige Räumung Deutschlands durch die Besatzungstruppen scheint der Quai d'Orsay nicht ernstlich in Aussicht genommen zu haben. Erstaunlicherweise ist in Paris zwar viel von der deutschen Frage die Rede, aber nicht von der Eventualität eines endgültigen Friedensvertrages mit Deutschland. Im Grunde genommen legt man keinen besonderen Wert auf die Verwirklichung der deutschen Einheit, der man, ohne es offen zuzugeben, aus den verschiedensten Gründen innerlich mißtrauisch gegenübersteht. Das Ziel der Viererkonferenz ist nach französischer Vorstellung eine Entspannung zwischen Ost und West, verbunden mit der tatsächlichen Demilitarisierung Deutschlands als Einheit oder als weiterhin getrennt lebende Hälften.

. . . Entmilitarisierung

Entmilitarisierung sollte nicht mit Neutralisierung verwechselt werden. Auch ein entmilitarisiertes Deutschland könnte sich an der europäischen und westlichen Gemeinschaft beteiligen, ein Deutsch-

HANDELS- UND GEWERBEBANK HEILBRONN A. G. HEILBRONN (NECKAR)

FILIALEN UND ZAHLSTELLEN: Bad Mergentheim · Bad Wimpfen · Bietigheim (Württ.) · Brackenheim (Württ.) · Crailsheim · Heilbronn · Böckingen · Heilbronn-Sontheim · Lauffen (Neckar) · Neckarsulm · Neuenstadt (Kocher) · Öhringen · Schwäbisch Hall · Weinsberg (Württ.)

AUSSENHANDELSBANK

land ohne Waffen und Soldaten braucht nicht neutral zu sein. Daß mit oder ohne Europaarmee die deutsche Wiederbewaffnung den Franzosen nicht gefällt, ist kein Geheimnis. Die Möglichkeit, ihr über die Viererkonferenz zu entgegen, war der wichtigste Motor der französischen Außenpolitik in dieser Angelegenheit. Wenn die Russen bereit sind, die Volkspolizei der Ostzone tatsächlich aufzulösen und außerdem auf die begonnene, übermäßige und unzulässige Bewaffnung der abhängigen Volkdemokratien zu verzichten, hält man in Paris eine weitere Beteiligung Deutschlands an der westlichen Verteidigung nicht mehr für unentbehrlich. Die Schaffung eines militärisch — nicht politisch — neutralen Korridors zwischen Rhein und Oder erscheint in Paris jedenfalls weder unerwünscht noch bedenklich.

Der Gedanke der Europa-Armee

Warum hat aber Frankreich dann den Gedanken der Europaarmee mit gleichberechtigter deutscher Beteiligung in die Welt gesetzt, warum tagt in Paris zur Vorbereitung dieser Europaarmee eine internationale Konferenz, im Augenblick, wo in der gleichen Stadt die Stellvertreter der vier Außenminister die Grundlage für das Treffen der „Großen Vier“ vorbereiten? Darin liegt zweifellos ein Widerspruch, der sich durch die anomalen Eigenarten des modernen diplomatischen Spiels erklärt. Die Europaarmee entstand als Notlösung, als französische Antwort auf das amerikanische Drängen zu Gunsten der deutschen Wiederaufrüstung. Inzwischen hat sich Washington zur größten Überraschung von Paris entschlossen, wenn nicht in Worten, so doch in der Praxis, die deutsche Wiederaufrüstung vor-

läufig auf Eis zu legen. Die Europaarmee gewann dadurch sowohl an Aktualität wie an europäischer Eigenpersönlichkeit. Die entsprechenden Pariser Verhandlungen wurden inzwischen ein Bestandteil des Pokerspiels zwischen Ost und West. Man kann dadurch den Russen zeigen, daß man es ernst meint, ohne ernstlich zu praktischen Maßnahmen zu greifen. Das langsame Verhandlungstempo beweist, daß es sich vorläufig bei der Europaarmee nur um ein taktisches Manöver handelt. Scheitert jedoch die Viererkonferenz, dann ist der Weg frei für die bis zu diesem Zeitpunkt wohl in den wichtigsten Zügen festgelegte europäische Militärorganisation. Sowohl die deutsche Delegation wie die amerikanischen Beobachter auf der Konferenz über die Europaarmee sollen mit dieser französischen Taktik einverstanden sein. (fr., Paris)

Ist die Errichtung einer europäischen Transportbehörde realisierbar?

Der Europarat beschloß am 23. 11. 1950 in Straßburg, ein Spezialkomitee mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs über die Errichtung einer europäischen Transportbehörde zu beauftragen. Dieses Komitee, das aus 7 Mitgliedern des Europarates besteht, tagte am 9. Februar 1951 in Paris. Der auszuarbeitende Entwurf wird der nächsten Tagung des Europarates, vermutlich im Mai 1951 in Straßburg, zur Beschlußfassung und Weiterleitung an das Außenministerkomitee zugeleitet. Zur Beratung stand ein Vertragsentwurf des französischen Delegierten Bonnefous:

Die zu errichtende Behörde hat sich mit der Koordinierung aller europäischen Transportmittel und Transporteinrichtungen ihrer Mitgliedsländer zu befassen, also Eisenbahn, Straßenverkehr, Binnen- und Küstenschifffahrt, Hafenverkehr und europäischer Luftverkehr, soweit sie internationale Bedeutung haben. Die europäischen Verkehrsprobleme sollen, unter Ausschaltung ruinöser Konkurrenz, auf die wirtschaftlichste Weise gelöst werden. Zu diesem Zweck soll die Behörde Verbindung mit allen internationalen, staat-

lichen und privaten Transportorganisationen aufnehmen und deren Arbeiten koordinieren. Zu diesem Zweck soll sie auch ermächtigt werden, Kredite zum Aufbau internationaler Transporteinrichtungen zu geben.

Der organisatorische Aufbau soll sich an die Vorschläge des Schumanplanes anlehnen. Ein geschäftsführendes Direktorium wird einem parlamentarischen Ausschuß der beratenden Versammlung des Europarates und einem Ministerkomitee der vertragschließenden Länder unterstehen. Die rechtmäßige Durchführung des Vertrages soll außerdem einem zu bildenden Gericht unterstellt werden.

Für Deutschland sind bisher folgende Schwierigkeiten in diesem Vertragsentwurf aufgetaucht:

1. Da die Luftfahrt für Deutschland verboten ist, können wir an einem Vertrag hierüber nicht teilnehmen. Die Antwort des französischen Delegierten Bonnefous auf diese Einwendung war, daß diese Frage politisch sei und deshalb von dem Komitee nicht entschieden werden könne.

2. Der Ausbau der europäischen Transportwirtschaft soll nach dem

Entwurf Bonnefous nur nach „rein wirtschaftlichen“ Gesichtspunkten erfolgen. Das bedeutet, daß alle Verkehrszentren am eisernen Vorhang, von Triest über Wien, Berlin, Lübeck bis Hamburg, benachteiligt würden. Der deutsche Delegierte wies darauf hin, daß diese Behörde den Aufbau eines gesamteuropäischen Verkehrs, einschließlich dem hinter dem eisernen Vorhang und in Ländern, die nicht Mitglied des Europarates sind (wie z. B. Österreich und die Schweiz), mit in die Planung einbeziehen müsse und daß politische Gründe entscheidend dafür sprechen könnten, gerade Verkehrszentren, die durch ihre Lage in der Nähe des eisernen Vorhanges benachteiligt sind, zu unterstützen. Hierauf gab der französische Delegierte ebenfalls eine Antwort, die die Schwierigkeiten der späteren Arbeit vorwegahnen läßt. Die Frage des eisernen Vorhanges, erklärte er, sei ein rein innerdeutsches Problem, und im übrigen arbeite der Ausschuß nicht für die Gegenwart, sondern für die Zukunft. Der deutsche Delegierte entgegnete, daß der eiserne Vorhang ein europäisches Problem in Deutschland sei und Deutschlands